

# Den Einbrechern an den Kragen

31.08.2019 08:00

## CSU-Kreisvorstand diskutiert technische Einbruchssicherheit mit Experten von IQ House

Im Gespräch mit dem Altdorfer Geschäftsführer Herbert Weinzierl und dem Elektrosicherheitsingenieur Michael Herre ging es unter anderem um die Anschaffung, Installation und den Betrieb von Zutrittskontrollsystemen, Videoüberwachung, Alarm- und Einbruchmeldeanlagen sowie Notfall- und Gefahrenreaktionssysteme, die speziell auch für Szenarien mit Amokläufern konzipiert sind.

„Im Landkreis und in unseren Kommunen gibt es laufend Baustellen der öffentlichen Hand, bei denen das Thema Sicherheit ganz groß geschrieben werden muss“, sagte Kreisvorsitzender und Bundestagsabgeordneter Florian Oßner. Beispiele seien Bildungsstätten, Gesundheitseinrichtungen oder das neue Landratsamt in Essenbach. „Darum sind für die Entscheidungsträger in den politischen Gremien Fachinformationen von Experten eine entscheidende Orientierungshilfe für die konkrete Planung. Aber auch für den privaten Bereich spielt der Einbruchsschutz eine zunehmende Rolle.“

### Amoklauf verhindern

Laut Weinzierl und Herre sind für die Sicherheit in öffentlichen Gebäuden zum Beispiel Zutrittskontrollsysteme geeignet, die nicht nur Chipkarten prüfen, sondern gleichzeitig auch über eine Kamera sicherstellen, dass die richtige Person ins Gebäude gelangt. In großen Komplexen gebe es die Möglichkeit der Videoüberwachung in Kombination mit Bildanalyseprogrammen, die mit Hilfe von künstlicher Intelligenz innerhalb von Sekunden bestimmte Personen in einer Menschenmenge ausmachen könnten.

„Besonders wichtig ist, dass die Systeme nicht störungsanfällig sind“, sagte Herre. „Darum sollte man bei Alarm- und Einbruchmeldeanlagen unbedingt darauf achten, dass diese nicht durch simple Störfrequenzsender wirkungslos gemacht werden können.“ Gute Anlagen registrierten Unterbrechungen der Datenübertragung und seien zudem gegen Stromausfall abgesichert. Moderne Alarmierungsanlagen sollten nicht nur Signaltöne haben, sondern auch automatische Ansagen abspielen können, erklärte Weinzierl. „Außerdem können sich Polizei und Feuerwehr im Notfall in diese Anlagen einwählen und konkrete Durchsagen machen. Das erhöht die Sicherheit im öffentlichen Raum enorm, weil Gebäude so viel schneller und besser geräumt werden können.“

### Privatsphäre schützen

Um auch Amokläufe oder andere extreme Bedrohungen durch Gewalttäter abwehren zu können, gibt es Notfall- und Gefahrenreaktionssysteme (NGRS). Diese müssen für öffentliche Einrichtungen zertifiziert sein, um zu gewährleisten, dass sie die Menschen gerade nicht durch Alarmtöne nach draußen und womöglich einem oder mehreren Tätern in die Arme treiben. „Diese Anlagen haben Sprechstellen, über

die per Knopfdruck zum Beispiel stiller Alarm ausgelöst oder direkt mit der Polizei kommuniziert werden kann“, sagte Weinzierl.

Die Technik könne zwar nie eine gute interne Organisation in Einrichtungen ersetzen, sagte Herre. Aber die Technik könne eine sinnvolle Unterstützung sein. Der Nutzen hänge entscheidend von der Planung der Anlagen ab. CSU-Kreisvorsitzender Florian Oßner abschließend: „Alles, was der Sicherheit in Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden dient, hat für uns höchste Priorität. Aber auch im Privatbereich wollen wir den Einbrechern an den Kragen. Die Privatsphäre ist dabei mit allen Mitteln zu schützen, denn ein Einbruch hinterlässt bei den Betroffenen oft tiefe psychische Narben. Dazu haben wir bereits vor zwei Jahren im Deutschen Bundestag das Strafmaß bei Einbruch erhöht. Als weitere Abschreckung ist eine technische Ergänzung optimal, was auch staatlich über die KfW gefördert wird.“



Die CSU-Delegation um Kreisvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Florian Oßner (Dritter von rechts) und Kreistagsfraktionssprecher Josef Haselbeck (Zweiter von links) tauschte sich mit Herbert Weinzierl (stehend links), Geschäftsführer von IQ House, und Elektrosicherheitsingenieur Michael Herre (stehend rechts) über Zugangskontrollen, Videoüberwachung und Alarmierungsanlagen für den Einsatz im Privatbereich, Bildungsstätten, Gesundheitseinrichtungen und Behörden aus.